

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident Fehr,
meine Damen und Herren Oberbürgermeister,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen
Unternehmen und der Kommunalverwaltungen,
liebe Gäste,

ich bedanke mich herzlich für Ihre Einladung zum ersten
Schweizerischen Stadtwerkekongress.

Als Vertreterin der deutschen Kommunalwirtschaft freue ich
mich, dass unsere Länder die Auffassung und Organisation
von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, bei Ihnen *Service
public*¹ genannt, verbindet. Das ist neben Österreich so
ziemlich einzigartig in Europa. Und deshalb müssen wir auch
beständig für die Vorteile der Daseinsvorsorge in
kommunaler Hand werben. In Europa gegenüber den
anderen (noch) 28 Mitgliedsstaaten. Und manchmal auch im
eigenen Land, denn auch bei Ihnen gibt es die Debatte
„Privat vor Staat“.

¹ Französisch ausgesprochen.

Deshalb freue ich mich, mit Ihnen heute einige Argumente für einen positiven Beitrag kommunaler Unternehmen in der Energieunion zu diskutieren.

Wie ist die Ausgangslage für eine solche Diskussion? Politisch sind es hoch spannende Zeiten für Europa.

Vor knapp zwei Wochen² wurde in den Niederlanden gewählt – und zwar mit einer Wahlbeteiligung, die Sie sonst nur in der Schweiz kennen. Nun blicken alle gespannt nach Frankreich, wo in drei Wochen³ Präsidentschaftswahlen sind.

Das Ergebnis in den Niederlanden war eindeutig pro Europa und dringend notwendig: Denn die EU steckt in einer ihrer größten, wenn nicht in DER größten Krise seit ihrer Gründung. Mit der Diskussion verschiedener Szenarien im Weißbuch zur Zukunft der EU hat Kommissionspräsident Juncker den Leitfaden für das weitere Vorgehen in der EU27 zur Beratung vorgelegt.

² 15.03.2017.

³ 1. Wahlgang am 23.04.2017, zweiter Wahlgang am 07.05.2017.

Zum 60 jährigen Jubiläum der Römischen Verträge⁴ wurde am vergangenen Wochenende mit der Erklärung von Rom ein positives Signal gesetzt. Die aktuellen Herausforderungen werden klar benannt: Migration, lokale Kriege, Protektionismus, soziale Ungleichheit oder auch wachsender Populismus. Ratspräsident Donald Tusk hat seine Ratskollegen ermahnt, dass die EU ihren Bürgern besser zuhören muss und Fehler der Vergangenheit klar benannt.

Der EU-Gipfel in Rom hat konkrete Ziele definiert: Innere und äußere Sicherheit, die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion, ein sozialeres Europa und mehr Stärke nach außen, was auch militärisch zu verstehen ist. Es sind also die großen, die wichtigen Themen, die eindeutig in die Zuständigkeit der EU fallen, weil die Mitgliedstaaten in diesen Aufgaben nur gemeinsam stark sind.

Dazu gehören auch energiepolitische Themen wie die Energiesicherheit oder der Kampf gegen den Klimawandel.

⁴ Am 25.03.1957 begründeten die Verträge die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, den Euratom-Vertrag und die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

Welchen Beitrag können kommunale Unternehmen zu diesen übergreifenden Fragen leisten?

Beginnen möchte ich mit dem Thema Sicherheit: Auf allen Ebenen sehnen sich die Menschen nach Sicherheit. Dieses Bedürfnis geht weit über den Schutz vor terroristischen Anschlägen hinaus.

Aktuelle Zahlen von forsa, eines der führenden Markt- und Meinungsforschungsinstitute in Deutschland, bestätigen das: forsa befragt jährlich Bürgerinnen und Bürger zu ihrem Vertrauen in Institutionen. Im Januar 2017 gab die überwiegende Mehrheit (78 Prozent) der Bundesbürger an, kommunalen Unternehmen großes oder sogar sehr großes Vertrauen entgegenzubringen.

Das Vertrauen zu kommunalen Unternehmen ist damit aktuell größer als bereits im letzten Jahr (+ 3 Prozentpunkte). Damit stehen wir an fünfter Stelle im Vertrauensranking nach der Polizei, Universitäten, dem eigenen Arbeitgeber und Ärzten.

Hinzu kommt, dass das Vertrauen zu kommunalen Unternehmen in allen Bevölkerungs- und Wählergruppen im Prinzip ähnlich groß ist.

Mit diesem Kapital, meine Damen und Herren, **können kommunale Unternehmen die Zukunft gestalten, in Deutschland, in der Schweiz und in Europa.**

Kommunale Unternehmen spielen bei den Fragen von Vertrauen und Legitimität eine besondere Rolle:

Sicherheit und Lebensqualität bekommen mit den Kommunen und ihren kommunalen Unternehmen ein **Gesicht.**

Ob Digitalisierung, demografischer Wandel, Energieversorgung, Infrastrukturerhalt und -finanzierung, Stadtsauberkeit oder Geflüchtete: Auf viele wichtige Fragen erwartet die Gesellschaft eine Antwort. **Kommunale Unternehmen geben Antworten**; sehr konkret, jeden Tag.

Meine Damen und Herren,
der Beitrag kommunaler Unternehmen ist auch bei energiepolitischen Fragestellungen sichtbar. Ich möchte im Folgenden auf die Themen **EU-Energie- und Klimapaket** sowie deutsche **Energiewende, Dekarbonisierung** und **Digitalisierung** zu sprechen kommen.

Lassen Sie mich dazu zunächst sagen: **DIE eine Energielandschaft Europas gibt es nicht.**

Der **Energiemix** der EU-Mitgliedstaaten unterscheidet sich deutlich. Dies ist vornehmlich durch das EU-Primärrecht begründet:

Gemäß Artikel 194 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU (AEUV) liegt der Energiemix der Mitgliedstaaten nach wie vor in der Entscheidungshoheit jedes einzelnen Staates.⁵

⁵ Diese Maßnahmen berühren unbeschadet des Artikels 192 Absatz 2 Buchstabe c nicht das Recht eines Mitgliedstaats, die Bedingungen für die Nutzung seiner Energieressourcen, seine Wahl zwischen verschiedenen Energiequellen und die allgemeine Struktur seiner Energieversorgung zu bestimmen.

Deutlich wird dies zum Beispiel, wenn wir uns den Einsatz der Kernkraft anschauen. Zwölf EU-Staaten setzen nach wie vor stark auf Kernkraft, zwölf andere nicht. Zwei Staaten – Belgien und Deutschland – haben beschlossen, sukzessive auszusteigen.

Die Schweizer haben bekanntlich in einer Abstimmung am 27.11.2016 ebenfalls mit einer Mehrheit (55 Prozent) gegen einen schnellen Ausstieg aus der Kernkraft gestimmt.⁶

Diese Heterogenität bestimmt auch den Erfolg europäischer Gesetzgebung.

Die EU setzt den Rahmen, die Mitgliedsstaaten malen das Bild: Wie steht es um die energiepolitischen Ziele der EU?

Insgesamt befindet sich die EU auf einem guten Weg, ihre Energie- und Klimaziele bis zum Jahr 2020 zu erreichen.

⁶ Die Schweiz hatte nach Fukushima zwar einen Ausstieg aus der Kernkraft beschlossen, aber auf einen konkreten Zeitplan verzichtet. Die Schweiz verfügt derzeit über fünf Kernkraftwerke. Die drei ältesten von ihnen – Beznau I und II sowie Mühlberg hätten bei einem erfolgreich Abstimmungsantrag der Grünen bereits in 2017 zumachen müssen. Die Meiler Gösigen und Leibstadt hätten noch bis 2024 bzw. 2029 Strom liefern dürfen.

Sechs Jahre vor dem Jahr 2020 wurde bei der Energieeffizienz bereits das Ziel erreicht. Das Ziel, die CO₂-Emissionen um 20 Prozent zu senken, wurde um drei Prozentpunkte übertroffen. Auch bei den erneuerbaren Energien hat EUROSTAT mit seinen aktuellen Zahlen aus dem Jahr 2015 einen Anteil von 16,7 Prozent Anteil am Energieverbrauch errechnet – das ist eine Verdopplung seit Beginn der Erhebung im Jahr 2004.

Nun nimmt die EU die nächste Zielmarke in den Blick: Das Jahr 2030. Mit dem **EU-Winterpaket** der EU-Kommission soll die EU-Energiepolitik gebündelt werden.

Der VKU begrüßt zwar den Ansatz des Winterpakets, da es konsequent und richtig ist, die vorhandene EU-Gesetzgebung ganzheitlich auf Stimmigkeit zu prüfen.

Dennoch muss eine konkrete Risikoanalyse über die 1.000 Seiten Text der acht Dossiers zu unterschiedlichen Fragestellungen der Energieunion laufen: Der Teufel steckt im Detail. Und so ist uns beispielsweise wichtig, das

Subsidiaritätsprinzip insbesondere bei der Regulierung der Verteilnetze im Blick zu behalten.

Die Idee ist gut: Als Initiator der Idee einer Europäischen Energieunion gilt der ehemalige polnische Ministerpräsident, ehemalige EU-Parlamentspräsident und jetzige Vorsitzende des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) des EU Parlaments, **Jerzey Buzek** von der Europäischen Volkspartei. Er legte im Jahr 2010 gemeinsam mit Jacques Delors ein Papier vor, in dem sich beide Autoren für die Schaffung einer Europäischen Energiegemeinschaft aussprachen.

Die Idee zur Schaffung einer Energieunion wurde mit dem Neuzuschnitt der EU-Kommission und der Schaffung eines **Vizepräsidenten für die Energieunion**, Maroš Šefčovič (Slowakische Republik, S&D), aufgegriffen.

Der Begriff der Energieunion umfasst das politische Ziel eines voll funktionierenden EU-Energiebinnenmarktes, einer Koordination der Energiepolitiker der Mitgliedstaaten

untereinander sowie der Schaffung sicherer, nachhaltiger und bezahlbarer Energie.

Inhaltlich schafft sie keine neue Institution, sondern fasst vielmehr alle bereits erfolgten Schritte und alle zukünftig geplanten legislativen und nicht-legislativen Maßnahmen zusammen.

Aus Sicht der deutschen Kommunalwirtschaft sind **Markt und Flexibilität** entscheidend bei der Umsetzung der Energieunion. Das betrifft auch die Teilnahme der Schweiz an diesem Energiemarkt. Wir fordern eine bessere Abstimmung zwischen der EU und der Schweiz in der Energiepolitik.

Wir plädieren zudem für **Technologieoffenheit** und **Innovationen**, die nur in einem wettbewerblichen Umfeld gedeihen können. Und wir wollen, dass die Bedeutung der Verteilnetze anerkannt wird – in Deutschland und Europa.

Kanzleramtschef Peter Altmaier hat aktuell angekündigt, dass die Bundesregierung zukünftig ihre Energiepolitik stärker europäisch ausrichten wird. Darauf müssen wir uns in Deutschland unter einer neuen Bundesregierung einstellen.

Diese Grundprinzipien von Markt und Technologieoffenheit gelten auch für den Umbau der nationalen Energiesysteme – hier haben die kleineren Länder die Nase vorn, titelte unlängst die Neue Zürcher Zeitung:⁷ Laut Weltwirtschaftsforum belegt die Schweiz den 1. Platz in punkto Sicherheit, Bezahlbarkeit und Nachhaltigkeit – zum dritten Mal in Folge.

Dazu gratuliere ich Ihnen, das ist sehr beeindruckend angesichts der Debatten, die wir in Deutschland führen.

Meine Damen und Herren, wie steht es um die **deutsche Energiewende**? In Deutschland hat sich die Politik nach Fukushima ehrgeizige Ziele gesetzt:

› Schrittweiser Ausstieg aus der Kernenergie bis 2022

⁷ NZZ „Kleine Länder haben Energiewende im Griff“ vom 22.3.2017.

- › Ausbau der Erzeugung erneuerbarer Energien auf mindestens 80 Prozent des Bruttostromverbrauchs bis 2050
- › Reduzierung der Treibhausgasemissionen um mindestens 80 Prozent bis 2050 gegenüber 1990

Das war 2011. Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist in Deutschland mit Riesenschritten vorangekommen. Das ist erfreulich und unsere Unternehmen sind daran beteiligt.

Doch es gibt bei den anderen Ecken des energiepolitischen Zieldreiecks Nachholbedarf, den wir jetzt angehen müssen: Allein auf erneuerbare Energien zu setzen und zu glauben, dass Kosteneffizienz und Versorgungssicherheit irgendwie zusammenfinden, ist eine Illusion.

Das gelingt Ihnen besser. Ich zitiere wieder aus der Untersuchung des Weltwirtschaftsforums: Energie ist in der Schweiz nicht nur erschwinglich, sondern sie wird auch effizienter eingesetzt als in anderen Ländern. Pluspunkte bekommen Sie zudem dank Ihrer emissionsarmen

Stromproduktion, die vorwiegend aus Kern- und Wasserkraft stammt.

Die größte Herausforderung in Deutschland besteht nach wie vor darin, dass es an einem schlüssigen Strommarktdesign fehlt, das die Komponenten Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit zielführend in einem marktbasierten Ansatz miteinander verzahnt. Wir fordern: Im Strommarkt der Zukunft müssen die Systemdienstleistungen einen Wert erhalten. Und die erneuerbaren Energien müssen sich stärker am Markt orientieren.

Wir sehen, dass der Aufwand für den Betrieb der Stromnetze stark ansteigt. Die Notbewirtschaftung von Stromleitungen verursacht Milliardenkosten beim Netzbetrieb, die vom Verbraucher getragen werden müssen.

Die ersten Monate des Jahres 2017 waren besonders teuer: Das Volumen so genannter „Redispatch“-Maßnahmen betrug fast zwei Drittel (63 Prozent) des gesamten Umfangs des vergangenen Jahres.

Ein kommunaler Netzbetreiber sagte mir, dass die Stabilität der Netze schon immer einem Eierlauf auf einem Kindergeburtstag glich. Gefragt waren ein ruhiges Händchen und viel Erfahrung. Dann blieb das Ei auf dem Löffel. Heute jedoch haben die Netzbetreiber immer noch den Löffel und das Ei, allerdings müssen sie das Ei auf der anderen Seite des Löffels balancieren. Das kann nicht gut gehen.

Aktuell haben wir konventionelle Kapazitäten für diese Balance noch.

Aber nicht mehr lange, denn die Liste der zur Stilllegung angemeldeten Kraftwerke bei der Bundesnetzagentur wird immer länger.

Investitionen in neue Anlagen sind wirtschaftlich ein hohes Risiko und finden deshalb nicht statt.

Die Lage ist ernst. Das sehen wir an unseren Zahlen zum kommunalen Kraftwerkspark sehr deutlich. Die Investitionen kommunaler Unternehmen in den eigenen Kraftwerkspark stagnieren, und das bereits drei Jahre infolge. Insgesamt sind

die Investitionen von 2011 bis 2015 um 43 Prozent zurückgegangen.

Hinzu kommt, dass hocheffiziente Kraftwerke nicht mehr genügend Marge erwirtschaften, um in wind- und sonnenarmen Zeiten einspringen zu können.

Weder beim Strommarktdesign, noch bei der Anreizregulierung oder bei Fragen der Digitalisierung der Energiewirtschaft sendet die deutsche Bundesregierung verlässliche Botschaften für den Markt aus, auf deren Basis dringend benötigte Investitionen in den Umbau der Energiewirtschaft getätigt werden können. Das macht es für kommunale Energieversorger schwierig, mittel- bis langfristige finanzielle Verpflichtungen einzugehen.

Bei 650 Verteilnetzbetreiber in der Schweiz und rund 900 in Deutschland ist mir besonders wichtig zu sagen: Das Rückgrat der Energiewende sind die Verteilnetze.

Schon heute werden 97 Prozent der erneuerbaren Energien in Deutschland in die Verteilnetze eingespeist.

Nach den Plänen der deutschen Bundesregierung werden in den Verteilnetzen der Stadtwerke und regionalen Energieversorger bis 2030 rund 140 Gigawatt erneuerbare Energien aufgenommen.

Auf Ebene der vier Übertragungsnetzbetreiber sind es lediglich 17 Gigawatt. **Energiewende findet im Verteilnetz statt.**

Wir brauchen daher einen Regulierungsrahmen, der dezentrale Anforderungen noch stärker berücksichtigt und der Investitionen in die Verteilnetze fördert.

Das heißt: Wir haben bei der Energiewende noch viel zu tun. Mit Blick auf Europa muss man aber auch eingestehen, dass es solche starken dezentralen und kommunalen Strukturen nicht in allen EU-Staaten in dieser politischen und funktionalen Stärke gibt.

Daher ist es verständlich, dass jeder Mitgliedstaat bei seiner Energiepolitik natürlich auch in seinen Strukturen denkt. Das müssen wir im Blick behalten, wenn es um die großen Megatrends wie Dekarbonisierung und Digitalisierung geht.

Auf einem Energie-Gipfel in Berlin hat die Bundesregierung jüngst erklärt, die deutsche G20-Präsidentschaft werde sich für die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens und die **Dekarbonisierung** der Wirtschaft einsetzen.⁸

Der VKU hat sich früh mit den Möglichkeiten und Rahmenbedingungen auseinandergesetzt, die kommunale Unternehmen als Akteure einbringen und benötigen.

Klar ist, dass die Energiewirtschaft der größte Emittent ist und sich ihrer Verantwortung für die Umsetzung der Klimaziele bewusst ist. Die kommunale Energiewirtschaft hat geliefert, nun sind andere Sektoren gefragt, ihren Beitrag zu leisten.

⁸ Kongress "Global Energy Transition Dialogue" am 20.03.2017.

Kommunale Unternehmen können in und mit ihren Kommunen intelligente Versorgungskonzepte umsetzen und Treibhausgasemissionen senken. Dies kann im bestehenden Querverbund oder auch in der Zusammenarbeit zwischen Energieversorgern, Wasserver- und Abwasserentsorgern sowie Unternehmen der Abfallentsorgung geschehen. Und als einer der größten Mobilitätsanbieter (ÖPNV) können sie im Sektor Verkehr Beiträge zur Dekarbonisierung leisten.

Das Stichwort ist hier Sektorkopplung: Nach der Energiewende folgt die Wärmewende.

Dabei setzen wir auf den Infrastrukturen der Fernwärme und Erdgas auf. Diese sind das Asset der Kommunen und ein bedeutender Vermögenswert der Bürger.

Sektorkopplung gelingt am besten in einer Smart City – Vernetzung ist hier das Stichwort. Und damit komme ich zum Trend der **Digitalisierung**.

Für die kommunalen Unternehmen aller Sparten bedeutet die Digitalisierung, dass Kundenansprüche vielfältiger und

individueller werden. Kommunikation wird sich verändern – sowohl im Unternehmen als auch mit Kunden und Bürgern. Kommunale Dienstleistungen und Infrastrukturen vernetzen sich zunehmend miteinander.

Dritte Akteure schwemmen in den Markt und haben ein großes Interesse an „unseren“ Daten, an den Daten der Kunden und Bürger.

Es ist sicher nicht übertrieben zu sagen, dass die zunehmende **Digitalisierung** ein neues Bild der Kommunalwirtschaft hervorbringen wird.

Die **Digitalisierung** macht aber zugleich auch deutlich, welche wesentliche Rolle die **kommunale Wirtschaft als zentraler Infrastrukturdienstleister** innehat und welche bedeutende Rolle sie in all ihren Facetten als **steuernder Akteur in der modernen Welt** einnehmen kann.

Auch dies ist Ausfluss einer zunehmend zusammenwachsenden europäischen Welt.

Damit werden sich die kommunalen Unternehmen mit höchster Priorität beschäftigen müssen: Was bedeutet die digitale Transformation für unsere Geschäftsmodelle? Wie gehen wir mit den uns zur Verfügung stehenden Daten um? Wie müssen wir unser Personal schulen? Wie kommunizieren wir zukünftig mit den Bürgern und Kunden? Und wie kommunizieren diese mit uns?

Und vor allem: Was sind unsere Alleinstellungsmerkmale, die uns von dritten Akteuren unterscheiden?!

Meine Damen und Herren,
die **Erreichung der europäischen energie- und klimapolitischen Leitlinien kann nur gemeinsam gelingen.**

Nur gemeinsam kann die EU eine Größe erreichen, um beispielsweise gegenüber Russland in Fragen der Energiesicherheit zu verhandeln.

Denn im Jahr 2014 wurde nach wie vor über 50 Prozent des Bruttoinlandsenergieverbrauchs der EU-28 durch Einfuhren

gedeckt. Die Abhängigkeit der EU von Energieimporten, insbesondere von Öl und Gas vor allem aus Russland, gibt Anlass zur Sorge. Auch in Deutschland belief sich der Anteil der Nettoimporte im Jahr 2015 auf 62 Prozent.

Ich bin fest davon überzeugt, dass es uns auch in einer starken EU gelingt, unsere **kommunalwirtschaftliche Identität** zu erhalten.

Dass die EU verstanden hat und nicht mehr alles bis ins letzte Detail regeln möchte, zeigt auch das Motto der aktuellen Juncker-Kommission: Big on big things – small on small things. Dieses Motto kann ich für die Kommunalwirtschaft nur unterstützen!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!